

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Entscheidung:

Die in der heutigen Protestversammlung versammelten Kriegsofopfer des Landesverbandes Oberösterreich haben mit Entrüstung Kenntnis erlangt von dem Entwurf zur IX. Novelle des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes und weisen diesen als vollständig unzureichend energisch zurück.

Abgesehen von der unzureichenden Erhöhung der mittleren Stufen der Rentensätze und einer unwesentlichen Erhöhung der Witwen-, Waisen- und Hinterbliebenen-Rentensätze, sieht der Entwurf nicht nur keine Verbesserungen vor, sondern sollen mehrere Verschlechterungen im Gesetze aufgenommen werden. Unerträglich erscheint es, daß die Vollrente nicht erhöht werden soll, obwohl Vollrentner keine Arbeit finden, ja wenn eine solche vorhanden wäre, physisch nicht geeignet sind, einem Erwerbe nachzugehen.

Das Recht der Umschulung soll nur bis 1. Jänner 1927 gewährt werden; Frauen, die nach dem 1. Jänner 1927 einen Kriegsbeschädigten ehelichen, sollen keinen Anspruch mehr auf Witwenrente, ihre Kinder keinen auf Waisenrente haben; das Recht des Ministers, in berücksichtigungswerten Fällen die Nachsicht der Anmeldefrist zum Invaliden-Entschädigungs-Gesetz zu bewilligen, soll aufgehoben werden; den Landesverbänden soll das Recht entzogen werden, bei der Aufstellung der Listen der ärztlichen Sachverständigen mitzuwirken und die Kriegsbeschädigten sollen vor den Schiedskommissionen die Ueberprüfung eines ärztlichen Sachverständigenutachtens durch Zuziehung eines zweiten Sachverständigen (Vertrauensarzt) nicht mehr begehren dürfen und ähnlicher Härten mehr. Diese schonbar „geringfügigen“ Gesetzesänderungen wären geeignet, die ganze Rechtsprechung, ja die Existenz vieler Kriegsofopfer zu gefährden!

Die allen Kriegsofopfern geläufigen und in ungezählten Eingaben, Vorgesprächen und Versammlungen bekanntgegebenen Forderungen der Kriegsofopfer bleiben im Entwurf unberücksichtigt. Der § 29 soll in der gegenwärtigen Fassung bestehen bleiben; daß Taggeld für in Spitäler und Anstalten befindlichen Kriegsbeschädigten weiter 70 Groschen betragen; Kriegerwitwen sollen in ihrem Privat- und Familienleben weiter durch den § 22/4 bedroht werden; die Abfertigungsmöglichkeit soll so eingeengt bleiben, wie es die ungesekliche Verordnung vom Dezember 1925 festgelegt hat; kein Wort davon, daß auch Kriegsbeschädigte, die nicht der ständigen Wartung und Pflege bedürfen, in Invalidenheimen untergebracht werden sollen.

Die Versammelten erklären feierlichst, die Vorlage der Regierung zurückweisen zu müssen und fordern den Landesverband Oberösterreich, beziehungsweise den Zentralverband auf, alle zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel anzuwenden, um den nur zu bekannten Forderungen der Kriegsofopfer zum Durchbruch zu verhelfen. Die Versammlung erklärt, geschlossen hinter dem Landesverband Oberösterreich zu stehen und erklärt weiters, des Rufes der Organisation gewärtig zu sein, um erforderlichenfalls in der Öffentlichkeit ihre Entschlossenheit, für die Rechte der Kriegsofopfer einzutreten, zu manifestieren.

Ablenkungsmanöver.

Die Regierungs- und „unparteiische“ Tages- und Wochenpresse, die „neutrale“ Gelegenheitszeitung wagten es nicht, das Ungeheuerliche zu besprechen und zu erläutern, zu brandmarken, was im Banken-Untersuchungsausschuß bekannt geworden ist. Notgedrungen müssen diese Blätter die kurzen Mitteilungen veröffentlichen, die für den Durchschnittsleser selbstverständlich, da ohne Kommentar, uninteressant und unverständlich bleiben.

Dadurch soll erreicht werden, daß die österreichische Bevölkerung nicht erfahre, welche Schandwirtschaft mit den Geldern des Volkes getrieben wurde.

Da hat man erfahren, daß ein staatliches Amt 644 Milliarden in der Frankenspekulation riskiert und dabei 350 Milliarden verloren hat. Darüber wird Stillschweigen bewahrt, um die Wählerschäflein nicht abzustößen, denn das könnte mitunter, besonders wenn Wahlen in Aussicht stehen, für die Verantwortlichen unangenehm werden.

Die Postsparkasse stand in engster geschäftlicher Verbindung mit dem größten Schieber und Spekulanten Bosel, dessen Umsatz das schöne Sümmchen von 1637 Milliarden erreichte. Für die Spekulationen auf eigene Rechnung stellte ein staatliches Institut einem einzelnen Schieber ungeheure Summen Spargelder und staatliche Gelder zur Verfügung.

Alle diese Ungeheuerlichkeiten können die Herren Zeitungsmacher nicht aufregen, sie finden diese erschütternden Tatsachen geradezu als natürliche, selbstverständliche Entwicklung.

Hin und wieder sichert doch etwas durch, es wird bekannt, daß die sozialpolitischen Errungenschaften, der revolutionäre Schutt, beseitigt werden sollen, da die erforderlichen Mittel zur Aufrechterhaltung und Ausgestaltung derselben nicht zur Verfügung stehen und auch nicht aufgebracht werden können.

Die geduldigen Menschlein, die man immer auf bessere Zeiten vertröstet, könnten doch einmal etwas ungemütlicher werden und einmal mit allem Nachdrucke Abhilfe verlangen.

Daher müssen sie auf andere Gedanken gebracht werden. Mit allen möglichen Mätzchen will man sie ablenken, um zu verschleiern, welche Ungeheuerlichkeiten vorkommen. Die Zeitungen sind voll von Artikeln über Korruption im „anderen Lager“, berechnet auf die Parteilidenschaft, die anlässlich von Wahlen noch mehr aufgepeitscht werden muß.

Dieses Manöver, das zur Sicherung der Wählermassen aufgeführt wird, erstreckt sich jedoch nicht nur auf die politischen Parteien, sondern auch auf andere Organisationen, die sich zum Ziele gesetzt haben, das soziale Elend zu mildern.

Eine solche Organisation ist unser Zentralverband, der auf die Gesetzgebung Einfluß nimmt, um den Kriegsofopfern die bestmögliche Stellung im Staate zu schaffen.

Daß dabei oft die Kritik eine scharfe ist, wird jeder Mensch begreifen. Daher wird gegen diese Organisationen ein Kampf entfacht, der die Kräfte splintern soll. Alle Mittel sind gerade gut genug, um das zu erreichen. Nicht darüber soll aufgeklärt werden, daß alle Kriegsofopfer gemeinsame Interessen haben, in eine geschlossene Organisation gehören, ohne Unterschied der Konfession und der politischen Weltanschauung, sondern darüber, daß dieselben sich in Parteirichtungen teilen sollen, denn dann werden sie etwas erreichen. Es ist die besondere Aufgabe des Reichsbundes, die Trennung durchzuführen, die Invaliden gegeneinander zu heben, sie abzulenken von ihren gemeinsamen Zielen. F.

Die Pragmatifizierung der kriegsbeschädigten Vertragsangestellten.

(Aus dem „Bund“, offizielles Organ der öffentlichen Angestellten.)

Fast sechs Jahre sind verstrichen, seit der Nationalrat in einer Resolution zum 90er Gesetz die Regierung aufgefordert hat, auch für die nach dem 1. Mai 1920 in den Bundesdienst getretenen kriegsbeschädigten Vertragsangestellten ein Gesetz vorzulegen.

Mit unsäglicher Mühe und in schweren Kämpfen gelang es, im Mai 1922 einen Entwurf fertigzustellen, der wenigstens die größten Härten des 90er Gesetzes für die kriegsbeschädigten Vertragsangestellten aus der Welt geschafft hätte. Die Geschichte dieses Entwurfes ist hinlänglich